Positionspapier 2025/170

Verteidigung der europäischen Automobilindustrie: Forderung nach sofortigem Handeln und strategischer Vision

Dokument in der 33. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Brüssel, 27.-28. November 2025

Angesichts der bevorstehenden Vorlage überarbeiteter CO_2-Emissionsvorschriften und des Automobilpakets 2025 durch die Europäische Union gibt der Exekutivausschuss von industriAll Europe im Namen von Millionen Beschäftigten, deren Lebensunterhalt von einem starken, nachhaltigen und sozial gerechten Automobilsektor abhängt, diese dringende politische Erklärung ab.

Die europäische Automobilindustrie steckt in einer strukturellen Krise. Die Produktion ist von 16 Mio. Fahrzeugen im Jahr 2018 auf nur noch 11,4 Mio. im Jahr 2024 eingebrochen. Die Exporte sind seit 2019 um 13,2 % zurückgegangen, und die Neuzulassungen verzeichneten ein Minus von 2,4 Millionen Fahrzeugen. Dieser Nachfrageeinbruch ist nicht nur eine Bedrohung für die industriellen Kapazitäten, sondern auch eine direkte Bedrohung für die Beschäftigten in der Produktion und den verbundenen Dienstleistungen, die Gemeinschaften und die strategische Autonomie Europas.

Wir fordern, die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zu entschlossenem Handeln auf. Das Automobilpaket muss auf einer robusten Industriestrategie basieren. Sie muss außerdem von konkreten Maßnahmen zur Stimulierung der Binnennachfrage – Verpflichtungen zur Erneuerung von Unternehmensflotten, Sozialleasing-Programme, öffentliche Beschaffung und faire Steueranreize – flankiert werden. Diese Instrumente müssen gleichermaßen der Wiederbelebung der Nachfrage und der Beschleunigung der Verbreitung sauberer Fahrzeuge dienen.

Die „Krise der Leistbarkeit“ spitzt sich zu. Für zu viele europäische Beschäftigte ist der Kauf eines neuen Fahrzeugs unerreichbar geworden. Das ist inakzeptabel. Der Übergang zu sauberer Mobilität darf nicht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit gehen. Wir fordern die Produktion sauberer und bezahlbarer Fahrzeuge in Europa – getragen von guten, gut bezahlten Arbeitsplätzen, die sicherstellen, dass Mobilität für alle zugänglich bleibt.

Europa muss seine industrielle Souveränität verteidigen

Die globalen Rahmenbedingungen ändern sich rasant. Handelsspannungen, Unterbrechungen der Lieferketten und Chinas industrielle Überkapazitäten verändern die Wettbewerbslandschaft. Europa muss entschlossen darauf reagieren. Wir fordern die Einführung von Anforderungen an heimische Fertigungsanteile und handelspolitischen Schutzinstrumenten, um europäische Arbeitsplätze und industrielle Kapazitäten zu schützen.

Die Erklärung der Präsidentin der Europäischen Kommission, dass „die Zukunft der Autos in Europa geschrieben – und die Autos der Zukunft in Europa hergestellt werden müssen“, darf nicht nur eine rhetorische Floskel bleiben. Sie muss in verbindliche Rechtsvorschriften gegossen werden. Europa darf sich nicht länger vor politischen Maßnahmen scheuen, die andere große Volkswirtschaften bereits umgesetzt haben. Der Zugang zu öffentlichen Mitteln muss an den Erhalt von Arbeitsplätzen und den Schutz bestehender Produktionsstätten in Europa geknüpft werden, um Standortverlagerungen innerhalb und außerhalb der EU zu verhindern. Wir fordern, dass ein erheblicher Teil der industriellen Produktion in Europa angesiedelt ist und dabei möglichst europäische Bauteile und Lieferketten zum Einsatz kommen.

Dies ist eine gemeinsame Verantwortung. Automobilhersteller und Zulieferer müssen sich zur Aufrechterhaltung einer starken industriellen Basis in Europa verpflichten, insbesondere wenn öffentliche Mittel im Spiel sind.

Es ist zwar Aufgabe der Hersteller, Fahrzeuge anzubieten, die den Bedürfnissen und Budgets der Verbraucher*innen entsprechen, doch müssen die europäischen Vorschriften **Anreize für Fahrzeuge** schaffen, die in Europa entwickelt und hergestellt werden.

Da wir nach wie vor davon überzeugt sind, dass europäische Fahrzeuge auf den globalen Märkten wettbewerbsfähig sein können, bleibt unser Markt offen für neue und etablierte Wettbewerber – vorausgesetzt, dieser Wettbewerb findet unter gleichen Bedingungen statt und umfasst Anforderungen an heimische Fertigungsanteile. Strategische Lieferketten – Batterien, Halbleiter und darüber hinaus – müssen in Europa angesiedelt werden.

Pragmatische und gerechte Dekarbonisierung

Wir bekräftigen unser Engagement für den europäischen Grünen Deal und die damit verbundenen Klimaziele. Der Übergang muss jedoch mit Realismus und Fairness gemanagt werden. Die Leitinstrumente für diesen Wandel müssen an die Realitäten vor Ort angepasst werden. Zeigt die Bewertung der CO_2-Normen Lücken auf – etwa bei der europäischen Batterieversorgung, Ladeinfrastruktur oder Netzkapazität –, sind umgehend Korrekturmaßnahmen erforderlich.

Arbeitsplatzgarantien, Umschulungsprogramme, die Gewährleistung der Durchsetzung von Tarifverträgen und konkrete Investitionen in europäische Werke, die emissionsfreie Fahrzeuge herstellen, sind unerlässlich.

Wir sind offen für gezielte Flexibilität im Rechtsrahmen, jedoch nur unter strengen Auflagen. Diese Flexibilität muss an konkrete Investitionen in europäische Werke zur Herstellung emissionsfreier Fahrzeuge geknüpft sein. Sie darf weder die Klimaziele untergraben noch Unternehmen benachteiligen, die bereits in die Dekarbonisierung investiert haben.

Technologieneutralität muss im Dienst der Klimaneutralität stehen

Innovation ist zu begrüßen, darf jedoch nicht auf Kosten der Klarheit oder Stabilität gehen. Wir unterstützen Technologieneutralität, sofern sie nicht zu einer Verwässerung der Klimaziele oder zu einer Verzögerung des industriellen Wandels führt. Plug-in-Hybridfahrzeuge und Reichweitenverlängerer sind wichtige Übergangstechnologien, die zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen und gleichzeitig vorsichtigen Kunden den Einstieg in die Elektromobilität erleichtern. Sie tragen auch zur CO_2-Reduzierung bei, wenn sie überwiegend im Elektromodus gefahren werden. Dies muss durch robuste regulatorische Rahmenbedingungen, wirksame Anreizstrukturen und gezielte politische Maßnahmen gewährleistet werden. Kohlenstoffarme Brennstoffe mögen eine begrenzte Rolle spielen – **insbesondere**

für den bestehenden Fuhrpark –, wenn sie nachweislich nachhaltig produziert werden, sie dürfen jedoch nicht dazu dienen, Beschäftigten falsche Hoffnungen zu machen.

Wir fordern Investitionen und gemeinsames Handeln

Der Exekutivausschuss von industriAll Europe fordert geschlossen eine mutige Industriestrategie, die die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt. Europa muss jetzt handeln, um seine Automobilindustrie zu sichern, die Beschäftigten zu schützen und die globale Wende zu sauberer Mobilität anzuführen. Die Zeit des Zögerns ist vorbei. Die Zukunft des europäischen Automobilsektors – und die Würde seiner Beschäftigten – erfordern politischen Mut und gemeinsames Handeln.